

Die Sparkasse Bremen | 
Finanzdienstleistung

GESCHÄFTSBERICHT 2006



**DIE SPARKASSE
BREMEN AG
GESCHÄFTSBERICHT 2006**

RECHTSSTELLUNG/SITZ

Die Sparkasse Bremen AG ist eine gemeinwohlorientierte Freie Sparkasse in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Bremen. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HRB 21770.

04	EDITORIAL
06	CORPORATE GOVERNANCE BERICHT
08	Entsprechenserklärung
09	ORGANE FILIALBEIRÄTE UNTERNEHMENSBEREICHE
11	LAGEBERICHT
29	JAHRESABSCHLUSS
30	Jahresbilanz
32	Gewinn-und-Verlust-Rechnung
33	Anhang
45	BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS
46	BERICHT DES AUFSICHTSRATES

IN 2006 WEITER AUF ERFOLGSKURS

Trotz des unverändert hart umkämpften Bankenmarktes konnten wir unseren Weg zu einer modernen, kundenorientierten Vertriebsparkasse konsequent und mit Erfolg fortsetzen. Dieser Erfolg wird unter anderem bei den erfreulichen Zuwächsen im Provisionsergebnis und den laufenden Erträgen sichtbar. Zusammengefasst: Mit dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2006 sind wir zufrieden.

DIE KONJUNKTUR GEWINNT WEITER AN DYNAMIK:

Bei weiterhin freundlichen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit sich ausweitendem Welthandel, konnte Deutschland im vergangenen Jahr die rote Laterne beim Wirtschaftswachstum in Europa abgeben und sich mit einer Wachstumsrate jenseits der zwei Prozentmarke im Mittelfeld etablieren. Bei stark zunehmenden Ausrüstungs- und Bauinvestitionen konnte das Bruttoinlandsprodukt im Bundesdurchschnitt um 2,7 % zulegen.

Auch die bremische Wirtschaft partizipierte von der verbesserten Konjunkturlage und konnte mit einem Wachstum von 2,2 % beim Bruttoinlandsprodukt den höchsten Anstieg seit sechs Jahren verzeichnen.

Viele Wirtschaftszweige profitierten von den günstigen Rahmenbedingungen: So konnte der Einzelhandel, u.a. getragen durch die erhöhte Kaufbereitschaft der Kunden im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung in 2007, mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr durchaus zufrieden sein. Auch der Groß- und Außenhandel und das Dienstleistungsgewerbe blicken auf ein erfolgreiches Jahr 2006 zurück. So sorgten z.B. zahlreiche Großveranstaltungen in Bremen für einen Anstieg der Übernachtungszahlen in den Bremer

Hotelbetrieben allein im ersten Halbjahr von 10,5 %. Enorm profitieren von den gestiegenen weltweiten Warenströmen konnte erneut die Verkehrs- und Logistikwirtschaft. So legte im vergangenen Jahr der Gesamtumschlag der Bremer Häfen um weitere 10 Mio. Tonnen auf 64 Mio. Tonnen zu. In den letzten zehn Jahren hat sich somit der Gesamtumschlag in den Bremer Häfen mehr als verdoppelt. Die positiven Signale der Konjunkturbelebung machten sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar – die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Lande Bremen um 1,2 % auf 385.600. Bremen lag mit dieser Wachstumsrate deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 0,7 %.

Zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Bremen sind aber weiter große Anstrengungen notwendig, um die Stadt fit für die Zukunft zu machen. Dabei reicht es nicht mehr aus, den Stadtstaat losgelöst von seinem Umland zu betrachten. Vielmehr ist eine ausgewogene Strategie unter Einbeziehung des Umlandes erforderlich. Hierzu wurde im vergangenen Jahr ein wichtiger Schritt mit der Gründung der Metropolregion Bremen-Oldenburg getätigt. Im Fokus der von Politik und Wirtschaft unterstützten Regionalkooperation steht die zielgerichtete Weiterentwicklung des Wirtschaftsraumes Nordwest, insbesondere die Verbesserung der Standortbedingungen für Betriebe, der Ausbau von Zukunftsbranchen und die Vernetzung von touristischen und kulturellen Angeboten. Gerade bei zukunftsorientierten Großprojekten wie dem JadeWeserPort oder auch der Küstenautobahn A22 ist ein abgestimmtes Vorgehen erforderlich.

Daneben wird in der Freien Hansestadt Bremen selbst viel unternommen, um die Attraktivität des Standortes zu

steigern. Beispielhaft können hier die Schließung des Autobahnringes durch die A281, das neue Stadtquartier »Überseestadt«, aber auch die Erweiterung des Universums an der Universität angeführt werden.

Die Aussichten für 2007 bleiben trotz aller wirtschaftspolitischen Belastungen grundsätzlich intakt. Zuversichtlich stimmt, dass das Wachstum im zweiten Halbjahr 2006 bereits genügend Schwung und Eigendynamik entwickelt hat, um einen selbsttragenden Aufschwung im laufenden Wirtschaftsjahr aufrecht zu erhalten. Besonders die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt stützt die Kaufkraft und das Verbrauchervertrauen und wirkt der erhöhten Abgabenlast entgegen. So erscheint auch in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum mit einer zwei vor dem Komma erreichbar.

Die Sparkasse Bremen wird in 2007 den eingeschlagenen, eingangs erwähnten Weg zu einer kundenorientierten Vertriebsparkasse mit multikanaler Erreichbarkeit und Ausrichtung unbeirrt weiterverfolgen. Im Fokus unseres Handelns stehen dabei stets die mittelständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie die Bürgerinnen und Bürger der Region, um ihnen auch künftig ein zuverlässiger und kompetenter Partner zu sein.

Wir danken allen Kunden und Geschäftsfreunden sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen und deren Mitgliedern für ihre Verbundenheit mit der Sparkasse Bremen und freuen uns auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Jürgen Oltmann

Dr. Tim Neseemann

Klaus Schöniger

Dr. Heiko Staroßom

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Corporate Governance steht für eine verantwortungsvolle und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle von Unternehmen. Sie umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich der Unternehmensorganisation, der geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Mechanismen zur Kontrolle und Überwachung. Hierzu zählen insbesondere die effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist auch wichtiges Anliegen der Die Sparkasse Bremen AG. Sie unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat diesen daher in ihrer Satzung verankert. Gemäß § 5 Abs. (2) ihrer Satzung sind ihre Organe gehalten, den Deutschen Corporate Governance Kodex zu beachten.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex, der in seiner aktuellen Fassung vom 12. Juni 2006 im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht wurde, enthält einerseits Regelungen, die sich auf die Beschreibung der geltenden Gesetzeslage beschränken, andererseits darüber hinaus Empfehlungen (»soll«) und Anregungen (»sollte«). Von diesen Empfehlungen und Anregungen kann nach dem Kodex abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG haben in der Aufsichtsratssitzung am 22. November 2006 eingehend über die aus der Neufassung resultierenden Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex beraten. Im Ergebnis wurde unter Berücksichtigung des Status quo beschlossen, sich seinen Empfehlungen anzuschließen und lediglich davon abzuweichen, sofern und

soweit diese für Die Sparkasse Bremen AG strukturell nicht zutreffen, weil es sich bei ihr nicht um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt bzw. sich sämtliche Aktien in der Hand einer einzigen Aktionärin befinden, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen. Seine Anregungen sollen aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG sowie aus Vereinfachungsgründen bis auf Weiteres nicht umgesetzt werden.

Die Abweichungen im Einzelnen werden von Vorstand und Aufsichtsrat in der gemeinsamen Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offen gelegt. Der Corporate Governance Bericht einschließlich Entsprechenserklärung wird als Bestandteil des Geschäftsberichtes der Die Sparkasse Bremen AG jährlich auf deren Internetwebsite »www.sparkasse-bremen.de« veröffentlicht und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren zugänglich gehalten.

DER AUFSICHTSRAT ...

... überwacht die gesamte Geschäftsführung des Vorstandes. Der Vorstand hat dazu dem Aufsichtsrat laufend in dem von dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Umfang zu berichten. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Die Aufgaben, Pflichten und Regularien des Aufsichtsrates sowie die Bildung und Zusammensetzung von Aufsichtsratsausschüssen sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates geregelt.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer. Seit dem

28. Juli 2006 gehören dem Aufsichtsrat als von der Aktionärin, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, entsandte Mitglieder die Herren Gerhard Harder (Vorsitzender), Bremen, und Holger U. Birkigt, Lilienthal, sowie in Folge Neu- bzw. Wiederwahl durch die Hauptversammlung die Herren Joachim M. Clostermann, Bremen, Alexander Künzel, Bremen, Otto Lamotte, Bremen, und Klaus Ziegler (stellvertretender Vorsitzender), Bremen, an.

Darüber hinaus wurden auf Antrag des Vorstandes der Die Sparkasse Bremen AG und aufgrund des Beschlusses des Amtsgerichts Bremen vom 9. August 2006 die Herren Hans-Joachim Schur, Ritterhude, Heiko Oerter, Bremen, und Volker Stange, Bremen, gemäß § 104 Abs. (2) AktG zu Mitgliedern des Aufsichtsrates, längstens bis zur Beendigung der Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat, bestellt.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Für eine darüber hinausgehende eigene Informationsordnung sieht der Aufsichtsrat derzeit unverändert keinen Bedarf. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat auf Grundlage der satzungrechtlichen Bestimmungen einen Präsidialausschuss sowie einen Kreditausschuss gegründet. Über die konkrete Ausschussarbeit im Berichtsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrates. In 2005 verabschiedete der Aufsichtsrat ein neues standardisiertes Berichtsformat für den »Bericht für den Aufsichtsrat«, der ein Extrakt aus den internen Controllinginstrumenten der Gesamtbanksteuerung abbildet. Dieser modular aufgebaute »Bericht für den Aufsichtsrat« wurde im Berichtsjahr im Sinne einer verbesserten Transparenz um die Module Risikomonitoring und Risikotragfähigkeit ergänzt.

Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in der Satzung geregelt und wird durch die Hauptversammlung festgesetzt. Neben dem Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine angemessene jährliche Vergütung. Eine etwa anfallende Umsatzsteuer wird gesondert vergütet. Die Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 25. Mai 2005 angepasst.

Jedes Mitglied erhält eine jährliche fixe Vergütung. Der Vorsitzende erhält das 3-fache, sein Stellvertreter und die Vorsitzenden der Ausschüsse das 1,5-fache dieses Vergütungsbetrages. Als erfolgsabhängige Komponente wurde für Verlustjahre eine Halbierung der jährlichen Vergütung vereinbart. Darüber hinaus wird je Aufsichtsrats- bzw. Ausschusssitzung ein angemessenes Sitzungsgeld gezahlt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte dieses Betrages.

Auf die individualisierte Offenlegung der Vergütung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates wird verzichtet. Die Gesamtbezüge aller Aufsichtsratsmitglieder sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006 zu entnehmen. Die Zahlung erfolgt jeweils nach Ablauf des Berichtsjahres Anfang Januar des laufenden Geschäftsjahres.

In einer formularmäßigen Befragung werden die Mitglieder des Aufsichtsrates einmal jährlich über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt, die aufgrund einer Organfunktion oder Beratungsaufgabe in bzw. für andere Unternehmen entstehen könnten. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

DER VORSTAND ...

... führt als kollegiales Gremium die Geschäfte der Die Sparkasse Bremen AG. Die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Anstellungsvertrag, der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und den einschlägigen Gesetzen. In der Geschäftsordnung für den Vorstand werden unter anderem die Zusammenarbeit, die Geschäftsverteilung und die allgemeinen Befugnisse des Vorstandes geregelt. Im Berichtsjahr bestand der Vorstand bis zum altersbedingten Ausscheiden eines Mitgliedes des Vorstandes am 31. Januar 2006 zunächst aus fünf und seitdem aus vier Mitgliedern, dem Vorsitzenden und drei weiteren Mitgliedern des Vorstandes.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates ist zuständig für die Personalangelegenheiten der Mitglieder des Vorstandes einschließlich der Vorbereitung von Entscheidungen für den Aufsichtsrat über deren Bestellung und deren

Abberufung, den Abschluss und die Beendigung von Dienstverträgen, die Regelungen über die Altersversorgung und alle anderen Angelegenheiten, welche nach § 112 AktG in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fallen. Die Zustimmung zur Übernahme von Mandaten der Mitglieder des Vorstandes obliegt ebenfalls dem Präsidialausschuss. In seiner Sitzung am 18. April 2006 hat der Präsidialausschuss über die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand beraten. Für eine Anpassung der bestehenden Regelungen wurde kein Bedarf gesehen.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Vorstandes setzen sich aus fixen und variablen Bestandteilen zusammen. Die variablen Vergütungsbestandteile werden dabei einerseits vom Unternehmenserfolg der Sparkasse im Allgemeinen und andererseits von der persönlichen Zielerreichung beeinflusst. Als Bemessungsgrundlage dienen die jeweils vereinbarten fixen Bezüge. Darüber hinausgehende variable Vergütungsinstrumente bzw. -programme, z. B. Aktien-

optionspläne oder ähnliche Wertpapier orientierte Anreizsysteme, werden nicht angeboten.

In einer außerordentlichen Hauptversammlung am 8. Dezember 2006 hat die Hauptversammlung einstimmig beschlossen, aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung der Die Sparkasse Bremen AG auf die individualisierte Offenlegung der Gesamtvergütung nebst deren Bestandteilen für jedes Vorstandsmitglied zu verzichten. Ein Vergütungsbericht als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes wird daher nicht erstellt. Die Gesamtbezüge aller Mitglieder des Vorstandes sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006 zu entnehmen.

Einmal jährlich werden die Mitglieder des Vorstandes in einer formularmäßigen Befragung über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG 2006

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG erklären entsprechend § 161 AktG:

1. Die Sparkasse Bremen AG hat den Empfehlungen der »Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 12. Juni 2006 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:
 - a) Die vom Gesetz für die Hauptversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichtes sowie die Tagesordnung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG werden aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht im Internet veröffentlicht (Kodex-Nr. 2.3.1).
 - b) Für eine Mitteilung der Einberufung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG und eine Übermittlung der Einberufungsunterlagen an in- und ausländische Finanzdienstleister, Aktionäre und Aktionärsvereinigungen besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 2.3.2).
 - c) Eine Erleichterung der persönlichen Wahrnehmung von Aktionärsrechten, eine Unterstützung der Aktionäre bei der Stimmrechtsvertretung und die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Stimmrechtsausübung der Aktionäre der Die Sparkasse Bremen AG sind aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 2.3.3).
 - d) Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG im Anhang des Jahresabschlusses erfolgen nicht individualisiert (Kodex-Nr. 5.4.7).
 - e) Die unverzügliche Veröffentlichung von Insiderinformationen durch den Vorstand, die Die Sparkasse Bremen AG betreffen, ist aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 6.1).
 - f) Für eine unverzügliche Information der Finanzholding der Sparkasse in Bremen als einziger Aktionärin über

sämtliche neuen Tatsachen, die Die Sparkasse Bremen AG Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt hat, besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 6.3).

g) Die Sparkasse Bremen AG veröffentlicht keine Informationen aufgrund kapitalmarktrechtlicher Vorschriften im Ausland, die auch im Inland bekannt gemacht werden könnten (Kodex-Nr. 6.5).

h) Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit publiziert Die Sparkasse Bremen AG aufgrund ihrer Aktionärsstruktur keinen Finanzterminkalender über wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen (Kodex-Nr. 6.7).

i) Die Sparkasse Bremen AG stellt aufgrund Ausübung von Wahlrechten gemäß Handelsgesetzbuch keinen Konzernabschluss auf; die Aufstellung ihres Jahresabschlusses erfolgt unter Nutzung des vom Gesetzgeber eingeräumten

Zeitraumens noch nicht nach internationalen Rechnungslegungsstandards (Kodex-Nr. 7.1.1, 7.1.2 und 7.1.5).

2. Die Sparkasse Bremen AG wird den Empfehlungen der »Regierungskommission des Deutschen Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 12. Juni 2006 künftig mit den unter 1. a) – i) genannten Ausnahmen entsprechen.

Bremen, 17. April 2007

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des
Aufsichtsrates

Der Vorstand

Jürgen Oltmann
Vorsitzender des
Vorstandes

Dr. Heiko Staroßom
Mitglied des
Vorstandes

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender
Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender
Geschäftsführender Gesellschafter der
HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG

Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt
Geschäftsführender Gesellschafter der
Birkigt International Consulting & Media GmbH

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der
Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Alexander Künzel (ab 28.07.2006)
Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Otto Lamotte
Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Heiko Oerter

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Hans-Joachim Schur

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Volker Stange

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

VORSTAND

Jürgen Oltmann, Vorsitzender des Vorstandes

Dr. rer. nat. Tim Nesemann

Klaus Schöniger

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Hermann Tepe (bis 31.01.2006)

BEIRÄTE

MARKTBEREICHSDIREKTION BREMEN-NORD

Hans-Otto Brauns

Kaufmann

Hans-Jürgen Busch

Inhaber der Firma Rudolf P. Kuschka

Technischer Großhandel

Lutz Diedrich

Hotelier i. R.

Monika Eichner

Rechtsanwältin und Notarin

Karl Hermann Fittschen

Rechtsanwalt und Notar

Karl-Peter Hoffmeyer

Vorsitzender des Vorstandes der

Nehlsen AG

Reiner Kammeyer

Ortsamtsleiter Vegesack

Klaus Dieter Kück

Ortsamtsleiter Burg-Lesum a. D.

Johann C. Mahlstedt

Landwirt

Bernd Meyer

Senator a. D., Verbandsdirektor des
Verbandes der Wohnungswirtschaft in
Niedersachsen und Bremen

Bernd-Claus Meyer

Geschäftsführender Gesellschafter
der PNEUTEX Gesellschaft für pneum.
Foliendachsysteme mbH

Wolfgang Patzelt

Geschäftsführer

E. H. Harms GmbH & Co. KG

Automobile-Logistics

Karin Petry

Geschäftsführende Gesellschafterin
der Meineke Ww GmbH

Erik Petersen

Ortsamtsleiter Blumenthal

Christian Stubbe

Mitinhhaber der Beerdigungsinstitute
W. Bischoff & Kathmeyer

MARKTBEREICHSDIREKTION BREMEN-OST

Marco Bremermann

Geschäftsführender Gesellschafter der
Firmengruppe Müller & Bremermann

Ludwig Cords

Geschäftsführender Gesellschafter der
Friedrich von Hof GmbH

Heinz Döhrmann

Landwirt

Marco R. Fuchs

Vorsitzender des Vorstandes der
OHB Technology AG

Ulrich Höft

Ortsamtsleiter Hemelingen

Frauke Riedemann-Schmitz

Inhaberin des Schuhhauses Riedemann

Ulrich Schlüter

Ortsamtsleiter Osterholz

Prof. Dr. Detlev K. Schrade

Diplom-Ökonom, Steuerberater

Rolf A. Weidelt

Geschäftsführender Gesellschafter
der A. Weidelt Systemtechnik
GmbH & Co. KG

Jens Wittrock

Geschäftsführender Gesellschafter der
Firmengruppe Wittrock & Uhlenwinkel

Allen Beiratsmitgliedern danken wir für ihren Rat und ihre Einsatzbereitschaft, mit denen sie die Entwicklung der Sparkasse Bremen in ihren Stadtteilen gefördert und dazu beigetragen haben, die enge Verbindung der Sparkasse zur bremischen Bevölkerung und zur heimischen Wirtschaft zu pflegen.

UNTERNEHMENSBEREICHE

MARKTBEREICH

Direktion Privatkunden

Klaus Selchert

Firmenkunden

Dipl.-Vw. Wolfgang Jahn

Ralf Kubitz

Internationale Firmenkunden

Prof. Dr. iur. Christoph Graf von Bernstorff

Treasury

Jörg Lindenberg

SERVICEBEREICH

Facility Management

Dipl. Ing. Jürgen Salmon

Kreditmanagement

Rainer Büssenschütt

Organisation und

Informationstechnologie

Erich Hennenberg (bis 31.03.2007)

Bernhard Ruschke

Personal und Bildung

Dr. phil. Eike Ballerstedt (bis 31.03.2007)

Rolf Merder (ab 01.04.2007)

Revision

Dr. phil. Malte M. Mellmann

Sonderaufgaben und Projekte

Willi Astor

Unternehmensentwicklung

Kester Kleinert

Vorstandssekretariat

Thomas Rohwer-Kahlmann

**DIE SPARKASSE
BREMEN AG
LAGEBERICHT**

RAHMENBEDINGUNGEN

KONJUNKTUR – IN GUTER VERFASSUNG

Die Konjunktur präsentierte sich am Jahresende 2006 – ungeachtet der zuletzt etwas schwächeren Auftragseingänge und Industrieproduktion – in guter Verfassung.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg bundesweit um rund 2,7 % (2005: 0,9 %). Es war der kräftigste Wachstumschub seit 2000 und ist das Resultat unternehmerischer Anstrengungen und einer moderaten Lohnpolitik, flankiert von den ersten Reformergebnissen aus Berlin. Treibende Kräfte waren die dynamische Exportentwicklung, eine positive Investitionstätigkeit sowie eine anziehende Inlandsnachfrage, die den Aufschwung auf breitere Basis stellten und sich endlich positiv auf dem Arbeitsmarkt auswirkten. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt um 0,7 % auf mehr als 39 Mio. Beschäftigte. Entsprechend verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen von Dezember 2005 (11,1 %) bis Dezember 2006 auf 9,6 %. Im Schatten der guten Arbeits-

marktentwicklung standen allerdings Langzeitarbeitslose, deren Anteil an allen Arbeitslosen deutlich von 36 % auf 42 % zunahm.

Bremen profitierte wiederum von der dynamischen Exportentwicklung. Die Exporte machten den wesentlichen Anteil des heimischen BIP aus. Leistungsträger war hier vor allem die Hafen- und Logistikwirtschaft, insbesondere der Automobilumschlag. Die Zahl der Arbeitslosen sank nicht ganz so kräftig wie in den anderen westdeutschen Bundesländern, verringerte sich binnen Jahresfrist aber immerhin von 37.400 auf 33.000 im Dezember 2006.

Für 2007 lassen die Indikatoren eine Beruhigung der Exporte erwarten. Die weitere konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wird deshalb unter anderem davon abhängen, ob die Binnennachfrage trotz Umsatzsteuererhöhung zumindest auf dem erreichten guten Niveau verbleibt.

NRS NORDDEUTSCHE RETAIL-SERVICE AG – EIN WEITERER LEISTUNGSFÄHIGER PARTNER

Der Startschuss fiel am 1. Juli 2006: Die NRS Norddeutsche Retail-Service AG nahm ihre operative Tätigkeit als leistungsfähiger Anbieter von Marktfolge-, Service- und Stabsaufgaben auf. Rund 240 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse Bremen AG und ihres Tochterunternehmens – der Kredit-Service-Center GmbH, die in diesem Zusammenhang an die NRS Norddeutsche Retail-Service AG veräußert wurde – wechselten unter das Dach der neuen Dienstleistungsgesellschaft. Zuvor hatte der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein seinen Grundsatzbeschluss umgesetzt und sich an der NRS Norddeutsche Retail-Service AG beteiligt. An der gemeinsamen Dienstleistungsgesellschaft halten nunmehr die Finanzholding der Sparkasse in Bremen 15 %, die HASPA Finanzholding 60 % (minus 1 Aktie) und der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein 25 % (plus 1 Aktie).

Die drei Partner aus Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein vereinen mit knapp 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie einer Bilanzsumme von zusammen rund 80 Mrd. € ein großes Potenzial. Sie bündeln in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG Mengen, die für einzelne Sparkassen nicht erreichbar wären, und tragen auf diese Weise dazu bei, durch Kostensenkungspotenziale und Qualitätssteigerungen die Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen vor Ort zu erhöhen und ihre Unabhängigkeit dauerhaft sicherzustellen. Ein wichtiger Wettbewerbsvorteil der Sparkassen bleibt – anders als im Falle von Fusionen – auf diese Weise erhalten: ihre Nähe und Verbundenheit zur Region. Darüber hinaus ist das Kooperationsmodell führend in Deutschland und offen für weitere Mandanten. Wer sich – wie die NRS Norddeutsche Retail-Service AG – frühzeitig auf diesem Markt positioniert, führt das Feld an.

IM FOKUS – DIE VERTRIEBSSPARKASSE

Ein weiterer Schwerpunkt lag und liegt in der weiteren konsequenten Ausrichtung der Sparkasse Bremen zur Vertriebsparkasse. Konsequenterweise trennten wir Anfang 2006 das Firmenkunden- und das Privatkundengeschäft in allen Verantwortlichkeiten und ordneten beides strukturell neu. Parallel dazu legten wir die Projekte »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden« auf, um unsere Ertragslage auf der Basis der neuen Vertriebsstruktur weiter zu verbessern, d. h. insbesondere im Retailgeschäft profitabler zu werden und uns auf die einzelnen Kundengruppen zu konzentrieren. Beide Projekte befinden

sich in der Umsetzung. Aktuell geht es darum, unsere Leistungs- und Beratungskompetenz im Privatkundengeschäft – bei Verbleib der hohen Präsenz vor Ort – neben dem zentralen Private Banking auf sieben Vermögensmanagement-Standorte sowie unser Filialgeschäft auf 27 Marktbereiche zu konzentrieren. Darüber hinaus gilt es, die Beratungszeiten durch Prozessoptimierungen und -verlagerungen zu erhöhen und unseren Kunden künftig einen Multikanalvertrieb einschließlich Direktvertrieb anzubieten – alles mit der Zielsetzung, unsere guten Marktanteile im Firmenkunden- und im Privatkundengeschäft zu sichern und weiter auszubauen.

GESCHÄFTSVERLAUF

BILANZSUMME LEICHT ERHÖHT

Mit der Geschäftsentwicklung der Sparkasse Bremen können wir durchaus zufrieden sein. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 1,3 % auf 11,0 Mrd. €. Auf der Aktivseite verzeichneten wir einen leichten Rückgang bei den Forderungen an Kunden. Die Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere hielten

wir auf konstantem Niveau. Angestiegen sind hingegen zum einen die liquiden Mittel, zum anderen die Forderungen an Kreditinstitute. Auf der Passivseite wuchsen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, während wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten.

KREDITGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2006	2005	2004	2003	2002
Gesamtforderungen an Kunden	7.727,3	7.829,3	7.881,7	7.657,5	7.663,0
davon:					
Wechsel	0,0	20,7	46,4	51,9	78,8
Kurz-, mittel- und langfristige Kundenforderungen	7.335,4	7.419,0	7.378,1	7.161,0	7.157,3
davon:					
Erworbene Schuldscheine	262,8	262,4	257,2	6,2	116,7
Durchlaufende Kredite	18,6	19,2	19,7	13,0	5,9
Avale und Indossamentsverbindlichkeiten	373,3	370,4	437,5	431,6	421,0
Forderungen an Kreditinstitute	1.127,2	998,5	939,8	545,3	1.184,3

Die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbenen Schuldscheinen, durchlaufenden Krediten, Avalen

und Indossamentsverbindlichkeiten) lagen am 31. Dezember 2006 bei 7,7 Mrd. €.

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS MIT FIRMEN- UND PRIVATKUNDEN (IN MIO. €)

	2006	2005	2004	2003	2002
Firmenkunden *	4.477,9	4.447,5	4.364,0	4.350,1	4.329,5
Privatkunden *	2.773,7	2.918,7	2.978,9	2.987,7	2.907,5

* auf Basis der aufsichtsrechtlichen Meldedaten

Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden nahm um 0,7% auf 4,5 Mrd. € zu. Erheblichen Anteil daran hatten abermals die Investitionskredite.

EINLAGENGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES EINLAGENGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2006	2005	2004	2003	2002
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und aus Schuldverschreibungen	6.965,4	6.736,0	6.482,8	6.183,7	6.138,2
davon:					
Spareinlagen	3.798,4	3.824,8	3.644,8	3.375,2	3.218,8
Sparkassenbriefe	11,1	20,7	30,1	72,2	112,6
Schuldverschreibungen	436,9	509,7	649,4	701,6	751,8
Täglich fällige Einlagen	1.844,6	1.645,8	1.509,3	1.393,2	1.425,1
Befristete Einlagen	874,4	735,0	649,2	641,5	629,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.004,9	3.160,1	3.000,3	3.142,8	3.314,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und aus Schuldverschreibungen (einschließlich Schuldverschreibungen mit Nachrangabrede) erhöhten sich um 3,4 % auf knapp 7,0 Mrd. €. Dies resultiert aus der Zunahme der täglich fälligen und der befristeten Einlagen. Unsere Spareinlagen – wie auch unsere Schuldverschreibungen – verzeichneten Rückgänge.

Nach dem Anstieg im Vorjahr konnten wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 4,9 % auf 3,0 Mrd. € reduzieren – eine Folge der gestiegenen Kundeneinlagen.

DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFT

Unsere Kompetenz im Dienstleistungsgeschäft spiegelt sich wider im guten Provisionsergebnis. Mit 57,4 Mio. € hat es den sehr guten Vorjahreswert von 55,6 Mio. € übertroffen und zugleich eine Rekordhöhe erreicht. Zurückzuführen ist dies auf die Zuwächse bei den von uns vermittelten Abschlussprodukten, insbesondere Versicherungsprodukten, und zwar sowohl im Hinblick auf Volumen als auch Anzahl.

Das wiedergefundene Vertrauen der Anleger in die konjunkturelle Erholung und damit in die Geld- und Kapitalmärkte hat sich positiv in unserem Wertpapierdienstleistungsgeschäft niedergeschlagen.

ENTWICKLUNG DES WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTS (IN MIO. €)

	2006	2005	2004	2003	2002
Aktien und Investmentzertifikate	677,2	463,2	454,8	542,9	443,2
Festverzinsliche Wertpapiere	146,0	198,9	181,0	233,2	357,1
Eigenemissionen	208,5	206,8	226,9	303,7	285,8

Während die Umsätze in Aktien und Investmentzertifikaten um 46,2 % auf mehr als 677 Mio. € in die Höhe schnellten, stiegen die Umsätze in unseren Eigenemissionen um 0,8 % auf knapp 209 Mio. €. Der Absatz der festverzinslichen Wert-

papiere reduzierte sich um mehr als ein Viertel – möglicherweise eine Folge des wieder erstarkten Vertrauens in Aktien- und Investmentanlagen.

EIGENANLAGEN UND -HANDEL

Die Kapitalmärkte starteten erfreulich ins Jahr 2006. Eine Korrektur der Aufwärtsbewegung erfolgte im Mai/Juni. Erst in der zweiten Jahreshälfte schlossen die Kapitalmärkte wieder an die gute Entwicklung im Frühjahr an.

Unsere Eigenanlagen, insbesondere unsere Fondsanlagen, haben diese Entwicklung im Wesentlichen nachvollzogen. Nach einer guten Performance bis Mai/Juni verloren sie infolge der Korrektur zunächst an Boden. In dieser Phase haben wir die Risiken in den Fondsbeständen reduziert, indem wir Aktienanlagen verringerten und Währungsrisiken bei Anlagen im Konvergenzbereich vorübergehend

einschränkten. Der Aufwärtstrend in der zweiten Jahreshälfte führte schließlich zu einer insgesamt positiven Wertentwicklung. Dies ist umso bemerkenswerter, weil wir vorgesehene Investitionen mit dem Ziel der weiteren Diversifizierung unserer Eigenanlagen aufgrund der Korrektur nur teilweise realisiert und unsere Fondsbestände in Corporates im zweiten Halbjahr verringert haben. Infolge der Erhöhung von Direktanlagen in festverzinslichen Wertpapieren, insbesondere öffentlichen Anleihen, erreichte der Bestand unserer Eigenanlagen zum Jahresende wieder das Niveau des Vorjahres.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Unser Beteiligungs- und Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen nahm um 1,0 % auf 182,7 Mio. € leicht ab.

Verringerungen resultierten im Wesentlichen aus den im Rahmen plangemäßer Exits erfolgten Kapitalrückführungen der Odewald & Compagnie GmbH & Co. Kommanditgesellschaft für Vermögensanlagen in Portfoliounternehmen und der Veräußerung der Kredit-Service-Center GmbH. Im Rahmen des gemeinsamen Kooperationsmodells wurden die Anteile zur Jahresmitte auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG übertragen mit der Zielsetzung, die Geschäftsaktivitäten nachhaltig auszubauen und weiterzuentwickeln.

Den Verringerungen stand eine Zunahme aus der Erhöhung der Beteiligung an der BUG Bremer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH gegenüber; die Umwandlung von Gesellschafterdarlehen in Kapitalrücklagen erfolgte im

Rahmen einer grundsätzlichen Änderung des Geschäftsmodells des Beteiligungsunternehmens.

Weitere Veränderungen ergaben sich zudem aus der Übernahme einer neuen Beteiligung an der Odewald & Compagnie GmbH & Co. Dritte Beteiligungsgesellschaft für Vermögensanlagen KG, verschiedenen geringfügigen Kapitalerhöhungen – unter anderem bei der neue leben Pensionsverwaltung AG und der SCHUFA Holding AG – sowie aus einer partiellen Reduzierung der Aktienquote bei der Freie Internationale Sparkasse S.A., Luxemburg.

Die Veränderungen im Beteiligungsbereich erfolgten – bei Beachtung unserer Beteiligungsstrategie – sowohl unter strategischen als auch ertragsorientierten Gesichtspunkten. Mit unseren Tochterunternehmen bestehen zumeist Ergebnisabführungsverträge.

SACHINVESTITIONEN

Nach umfangreichen Investitionen in unser Filialnetz in den Vorjahren, insbesondere in unser FinanzCentrum Am Brill, haben sich die Sachanlagen abschreibungsbedingt um 6,0 Mio. € auf 118,0 Mio. € reduziert. Die immateriellen

Anlagewerte stiegen durch den Kauf von Software-Lizenzen im Zusammenhang mit dem weiteren Aufbau unserer Handelsplattform und dem Projekt »Basel II« um 3,6 Mio. € auf 8,1 Mio. €.

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich stichtagsbezogen um 9,5 % auf 1.550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter verringert, darunter 378 Teilzeitkräfte und Aushilfen sowie 82 Auszubildende. Dies ist – neben der Inanspruchnahme von Altersteilzeit – und Vorruhestandsregelungen vor allem auf die Auslagerung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG zurückzuführen.

Ein gutes Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot gewährleistet, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den steigenden Anforderungen stets gerecht werden können, sei es der Beratungsbedarf unserer Firmen- und Privatkunden, sei es die Komplexität der Bankenaufsicht und der Banksteuerung. So fand auch unser Weiterbildungsangebot

reges Interesse. Betriebsinterne Seminare wurden von 1.542 und betriebsexterne Seminare von 331 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besucht.

Von 1.300 in bankspezifischen Bereichen beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verfügen 26,8 % über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann, weitere 11,7 % zusätzlich über den Abschluss als Sparkassenfachwirt bzw. weitere 32,9 % zusätzlich über den Abschluss als Sparkassenbetriebswirt (grad.) sowie weitere 1,2 % darüber hinaus über den Abschluss als Diplom-Sparkassenbetriebswirt der Deutschen Sparkassenakademie. Insgesamt 9,1 % waren im Besitz eines Hochschul- oder Fachhochschulabschlusses.

VERMÖGENSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2006	2005	2004	2003	2002
Forderungen an Kreditinstitute	1.127,2	998,5	939,8	545,3	1.184,3
Forderungen an Kunden	7.335,4	7.419,0	7.378,1	7.161,0	7.157,3
Wertpapiere	1.862,6	1.871,3	1.378,0	1.917,3	1.266,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.004,9	3.160,1	3.000,3	3.142,8	3.314,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.528,4	6.226,3	5.833,3	5.482,1	5.386,4

Die Forderungen an Kunden verringerten sich auf 7,3 Mrd. €. Während sich unsere Anlagen in Wertpapieren auf Vorjahresniveau bewegten, stiegen die Forderungen an Kreditinstitute um 128,7 Mio. € auf 1,1 Mrd. €.

Die Eigenmittel der Sparkasse Bremen belaufen sich nach Gewinnverwendung auf 853,5 Mio. €. Das daraus abgeleitete

Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Die Bewertung der Wertpapiere sowohl des Handelsbestandes und der Liquiditätsreserve als auch des Anlagevermögens erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip.

FINANZLAGE

Die wesentliche Grundlage zur Beurteilung unserer kurzfristigen Zahlungsbereitschaft ist für uns der die materielle Liquidität widerspiegelnde Grundsatz II. Im Durchschnitt betrug die Liquiditätskennzahl das Doppelte der erforderlichen gesetzlichen Mindestnorm.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielten wir bei der Deutschen Bundesbank ein laufendes Guthaben von im Jahresdurchschnitt 115,9 Mio. €.

Neben der Barreserve, den Geldanlagen bei Kreditinstituten und den festverzinslichen Wertpapieren, die zum Bilanzstichtag einen Gesamtwert von 2,0 Mrd. € repräsentierten, stellt die von uns betriebene Liquiditätssteuerung die Zahlungsbereitschaft auch künftig sicher.

ERTRAGSLAGE

ENTWICKLUNG DER ERFOLGSPOSITIONEN (IN MIO. €)					
	2006	2005	2004	2003	2002
Zinsüberschuss	195,6	217,4	226,5	236,0	207,8
Provisionsüberschuss	57,4	55,6	56,4	50,6	48,1
Personalaufwand	117,3	112,6	115,6	121,8	126,9
Sachaufwand	94,2	78,1	81,5	88,1	84,5
Verwaltungsaufwand	211,5	190,7	197,1	209,9	211,4
Sonstiger ordentlicher Aufwand	3,6	3,6	4,4	3,6	3,3
Sonstiger ordentlicher Ertrag	15,8	12,3	12,9	14,6	12,2
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	1,3	2,2	1,0	3,1	0,5
Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft	16,4	25,7	30,5	-5,2	-14,2
Bewertungsergebnis Kreditgeschäft	-53,8	-78,6	-97,1	-67,7	-73,2
Sonstige Bewertungen	-0,1	-0,1	-3,3	-5,6	-0,6
Betriebsergebnis nach Bewertung ¹⁾	2,5	10,3	4,4	26,5	-34,1
Neutrales Ergebnis	11,4	10,2	3,8	18,5	49,8
Gewinnabhängige Steuern	-1,2	6,8	-10,0	34,7	0,4
Jahresergebnis	15,1	13,7	18,2	10,4	15,3
Dividende ²⁾	0,5	1,1	0,9	-	-
Rücklagenzuführung ²⁾	14,6	12,6	17,3	9,8	14,7

¹⁾ jeweils nach Zuführung bzw. Auflösung von Vorsorgereserven

²⁾ Gewinnverwendungsvorschlag an die Hauptversammlung

Die Darstellung der Ertragslage erfolgt wie in den Vorjahren auf betriebswirtschaftlicher Basis. Dies gewährleistet, dass – unabhängig von der handelsrechtlichen Publizitätspflicht – ganzjährig nach einer einheitlichen Systematik berichtet wird,

die sowohl unserem internen Planungs- und Steuerungssystem als auch dem Prognosesystem des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sowie dem Betriebsvergleich und dem Erfahrungsaustausch der Großsparkassen entspricht.

Unser Jahresergebnis konnten wir im Vergleich zum Vorjahr erfreulicherweise leicht verbessern. Hierbei kam es allerdings zu Verschiebungen zwischen den unterschiedlichen Positionen.

Der Zinsüberschuss verringerte sich – einem allgemein anzutreffenden Branchentrend folgend. Er fiel um 10,1 % bzw. 21,9 Mio. € auf 195,6 Mio. € zurück. Während die Zinserträge um 1,7 % auf 490,8 Mio. € sanken, stieg der Zinsaufwand (einschließlich des saldierten Zinsergebnisses aus Derivaten) um 4,8 % bzw. 13,6 Mio. € auf 295,2 Mio. €. Die allgemeine Marktzinsentwicklung zeigte insbesondere für kurzfristige Zinssätze einen deutlichen Anstieg bei einer sich abflachenden Zinsstrukturkurve. Diese Entwicklung führte zu zwei gegenläufigen Effekten. Die Durchschnittsverzinsung auf der Passivseite und damit verbunden der Zinsaufwand stiegen an. Auf der Aktivseite sank die Durchschnittsverzinsung mit der Folge zurückgehender Zinserträge. Dabei lässt sich ein Rückgang in der Durchschnittsverzinsung nahezu aller Aktivpositionen erkennen. Augenfällig ist die abfallende Durchschnittsverzinsung im Bereich der Forderungen an Kunden. Ein weiterer Grund lag in einem Einmaleffekt im Jahr 2005. Im Zinsüberschuss waren in größerem Umfang als 2006 Erlöse aus der Veräußerung der nach dem erfolgreichen Börsengang der ErSol Solar Energy AG im Bestand unserer nwk nordwest-Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH verbliebenen ErSol-Aktien enthalten.

Der Provisionsüberschuss erreichte mit 57,4 Mio. € eine bisher nie erreichte Höhe und lag somit um 1,7 Mio. € über dem Vorjahreswert (55,6 Mio. €) – ein Erfolg, der unsere breite kundenorientierte Dienstleistungspalette und Fokussierung auf unsere Vertriebsleistung sowie die intensive Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern widerspiegelt. Letzteres lässt sich deutlich an den gestiegenen Provisionen aus den von uns vermittelten Abschlussprodukten, insbesondere Versicherungsprodukten, ablesen. Neben der Ausweitung des Provisionsertrages wirkte sich hier auch der Rückgang der von uns zu zahlenden Provisionen an externe Dienstleister aus, die uns bei den Serviceangeboten rund um das Girokonto unterstützen.

Der Personalaufwand nahm erstmalig seit mehreren Jahren wieder zu. Er stieg um 4,2 % bzw. 4,7 Mio. € auf 117,3 Mio. € (Vorjahr: 112,6 Mio. €). Belastend wirkten sich vor allem überproportional hohe Zuführungen zu den Rückstellungen für die Alterssicherung aus, die auf ein versicherungsmathematisches Gutachten im Rahmen des 2006 mit 25-monatiger Laufzeit abgeschlossenen Tarifvertrages für das private Bankgewerbe zurückzuführen sind. Entsprechend niedrigere Zuführungen werden 2007 anfallen. Verschiebungen vom Personal- in den Sachaufwand im Zusammenhang mit dem operativen Start der NRS Norddeutsche Retail-Service AG konnten die Kostensteigerungen nicht kompensieren.

Der Sachaufwand erhöhte sich um 20,5 % bzw. 16,0 Mio. € auf 94,2 Mio. € (Vorjahr: 78,2 Mio. €) – neben Verschiebungen vom Personal- in den Sachaufwand ein Resultat der Projekte »Basel II«, »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden«.

Der sonstige ordentliche Ertrag lag mit 15,8 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres (12,3 Mio. €). Unter dieser Position sind vor allem die Erlöse aus der Leistungsverrechnung mit unseren Tochterunternehmen sowie andere Erstattungen von Personal- und Sachaufwand zusammengefasst. Der sonstige ordentliche Aufwand bewegte sich mit 3,6 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Die Cost-Income Ratio betrug im Berichtsjahr 78,2 % (Vorjahr: 66,8 %).

Der Rückgang im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften steht im Zusammenhang mit einem verringerten Volumen im Devisenhandel mit Firmenkunden. Die übrigen Handelsbereiche konnten diesen Effekt nicht kompensieren.

Das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erreichte nicht das sehr gute Vorjahresergebnis, trug aber immerhin mit 16,4 Mio. € (Vorjahr: 25,7 Mio. €) maßgeblich zum Gesamtergebnis bei. Um 11,5 Mio. € geringeren Zuschreibungen, um 2,5 Mio. € höheren Kursverlusten und um 2,9 Mio. € gestiegenen Abschreibungen standen um 7,6 Mio. € höhere Kursgewinne innerhalb der Spezialfonds sowie aus der Veräußerung von festverzinslichen Wertpapieren und Investmentfonds gegenüber.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft konnten wir erneut deutlich verbessern. Nachdem sich diese Position bereits im Vorjahr um 19,0% zu unseren Gunsten entwickelt hatte, haben wir 2006 noch einmal eine Reduzierung um fast ein Drittel erreicht. Im Berichtsjahr lag es mit netto 53,8 Mio. € (Vorjahr: 78,6 Mio. €) deutlich unter dem Vorjahreswert. Die Wertberichtigungen und Abschreibungen reduzierten sich um 14,2 Mio. €. Die Erträge aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen sowie der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen erhöhten sich um 13,9 Mio. €. Nach der 2005 erfolgten Auflösung von Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 1,1 Mio. € führten wir diesen im Berichtsjahr 2,2 Mio. € zu.

Das neutrale Ergebnis beinhaltet eine Vielzahl zusammengefasster Erträge und Aufwendungen, die nicht dem ordentlichen Betriebsergebnis zuzurechnen sind. Es stieg um 1,2 Mio. € auf 11,4 Mio. € (Vorjahr: 10,2 Mio. €). Die wesentlichen Ertragskomponenten sind aperiodischer Natur

oder resultieren aus der Auflösung von Rückstellungen. Neben Vorfälligkeitsentschädigungen aus dem Kundengeschäft sind im aperiodischen Bereich – aufgrund von Steuerungsmaßnahmen im Zinsbuch – zu gut einem Drittel des neutralen Ergebnisses Erträge aus der Schließung von derivativen Zinspositionen enthalten. Zu den Aufwandspositionen zählen Leistungen an den Pensionssicherungsverein und Zuführungen zu den Rückstellungen.

Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug 5,6% (Vorjahr: 10,3%).

Nach Dotierung der Vorsorgereserven und Berücksichtigung der Erstattung von gewinnabhängigen Steuern verbleibt ein Jahresergebnis von 15,1 Mio. € (Vorjahr: 13,7 Mio. €). Davon sollen 0,5 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €) an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen ausgeschüttet sowie 14,6 Mio. € (Vorjahr: 12,6 Mio. €) zur weiteren Substanzstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2006 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

RISIKOBERICHT

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einem engen Spannungsverhältnis zu den eingegangenen Risiken. Die bewusste Übernahme von Risiken wirkt sich daher unmittelbar auf den Erfolg aus.

Die Risikoübernahme und -steuerung erfolgt dabei grundsätzlich unter der risikostrategischen Beachtung zweier Aspekte: Es müssen zunächst ein entsprechendes

Deckungskapital vorhanden und weiterhin ein angemessener Ertrag zu erwarten sein.

Bei den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die aktive Risikosteuerung in der Kreditwirtschaft das zentrale Element, um den Erfolg und das nachhaltige Bestehen des Unternehmens zu sichern.

GESAMTBANKSTEUERUNG

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein institutionalisiertes Verfahren zur strategischen und operativen Planung, an denen die maßgeblichen Organisationseinheiten der Sparkasse beteiligt sind. Die Verantwortung für die Koordination aller Planungsaktivitäten liegt in der Einheit Unternehmensentwicklung. Die strategische Planung wird in jährlichen Intervallen überprüft und vom Vorstand beschlossen. Durch monatliche Soll-Ist-Vergleiche im Gesamtbanksteuerungsausschuss werden Planabweichungen in der operativen Planung rechtzeitig identifiziert und mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Darüber hinaus bereitet der Gesamtbanksteuerungsausschuss die Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben wie Strategie, Risikodeckungsmasse und Risikolimits vor. Grundlage für den Gesamtbanksteuerungsausschuss, in dem der Vorstandsvorsitzende vertreten ist, sind dabei die Ergebnisse aus dem Treasury-Ausschuss und dem Ausschuss Kreditrisiko, die ebenfalls mit den jeweils zuständigen Vorstandsmitgliedern besetzt sind.

Das Risikomanagementsystem regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken und ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch die ausgelagerten Bereiche einbezogen sind. Für die Steuerung der auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG ausgegliederten Einheiten und Funktionen wurden mit den Referaten Controlling sowie Konzernrechnungswesen/Steuern gesonderte Schnittstellen geschaffen.

Verantwortet werden die Risikoprozesse in der Sparkasse Bremen durch das Referat Controlling und die Einheit Kreditmanagement. Ihnen obliegen die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen und die Risiko-

überwachung, wobei die Methodenentwicklung und Reporterstellung nach Abstimmung und Vorgabe der Sparkasse Bremen durch das Risikocontrolling in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG erfolgt.

Die grundsätzliche Zielsetzung unseres Risikomanagementsystems ist die jederzeitige Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das 2006 umgesetzte Konzept stellt die Risikotragfähigkeit sowohl auf Basis eines ökonomischen als auch eines GuV-orientierten Steuerungskreises sicher, wobei betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und externe Anforderungen an die Risikotragfähigkeit berücksichtigt werden. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig dem zur Verfügung stehenden wertorientierten und bilanziellen Kapital unter Berücksichtigung der hebbaren stillen Reserven gegenübergestellt.

Die Umsetzung der neuen Eigenkapitalanforderungen (Basel II) und der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wird in diesem Zusammenhang im Rahmen eines Großprojektes bereits seit 2004 konsequent verfolgt. Im Berichtsjahr konnten wesentliche Umsetzungsaktivitäten wie der Aufbau der technischen Infrastruktur für das Meldewesen, die Anpassung einer Vielzahl von Prozessen an neue aufsichtsrechtliche Vorgaben und die weitere Optimierung der Steuerungssysteme auf Gesamtbankebene abgeschlossen werden. Für 2007 ist der fristgerechte Abschluss der Umsetzungsaktivitäten geplant.

Mit dem Anspruch einer optimalen Steuerung der Rentabilität, des Risikos und der Liquidität verfolgt die Sparkasse die permanente Weiterentwicklung und Optimierung ihrer steuerungsrelevanten Instrumente.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Bei allen Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können, wird ein wirksames Risikomanagement und -controlling eingesetzt. Risiken der künftigen Entwicklung, die bestandsgefährdend sein könnten, werden durch ein umfassendes Risikofrüherkennungssystem überwacht und sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar. Die Risikotragfähigkeit ist ausreichend und war im Jahr 2006 zu jeder Zeit gegeben.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva und der Risiken aus Marktrisikopositionen (Grundsatz I) über-

schreitet per 31. Dezember 2006 mit einer Gesamtkennziffer von 10,4 % deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %.

Solvabilitätskoeffizient (= Grundsatz I)	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Gesamtkennziffer	10,4 %	9,5 %	9,7 %

Im Folgenden werden weitere Informationen zum Risikomanagement und -controllingsystem sowie zur Risikolage für die einzelnen Risikoarten dargestellt.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Unter dem Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit oder ein Finanzinstrument aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und die damit verbundene Gefahr, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte VaR-Verfahren auf Basis von CreditPortfolioView ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein zu den Marktpreisrisiken von der Methodik her passender Messansatz gegeben.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse erfolgt die Steuerung des Kreditgeschäfts unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten im Ausschuss »Kreditrisikosteuerung« und in der Einheit Kreditmanagement.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse bereits seit vielen

Jahren für Firmen- und Privatkunden unterschiedliche interne Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden differenzierte Verfahren der Sparkassenorganisation eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Im Rahmen der Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurde 2006 zudem die Implementierung des DSGVO-Immobilienratings, des DSGVO-Kleinstkundenratings und der DSGVO-Privatkundenscorecards eingeleitet, um eine zielführende Unterstützung der Bonitätsbeurteilung und Preisgestaltung zu gewährleisten.

Die Entscheidungsbefugnisse bei der einzelgeschäftlichen Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft. Ab festgelegten Kriterien ist die zusätzliche Risikobeurteilung durch ein vom Markt unabhängiges Votum obligatorisch. Über die Hereinnahme bedeutender Risiken beschließt der Kreditausschuss der Sparkasse.

Kein Kreditwachstum um jeden Preis – die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbenen Schuldscheindarlehen, durchlaufenden Krediten, Avalen und Indossamentverbindlichkeiten) haben sich 2006 auf 7,7 Mrd. € stabilisiert.

Die Risikovorsorge hat sich vor dem Hintergrund verbesserter konjunktureller Rahmendaten und aufgrund einer vorsichtigen Kreditvergabe- und Sicherheitenpolitik der

letzten Jahre deutlich reduziert. Für 2007 wird eine weitere Entlastung erwartet.

Für die Begleitung gefährdeter Kreditengagements und deren Intensivbetreuung in finanziellen Restrukturierungsprozessen setzen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Knowhow in einer vom Marktbereich unabhängigen Gruppe ein.

Bestehende Prozesse und Methoden zur Kreditrisikosteuerung wurden 2006 im Hinblick auf die aufsichtrecht-

lichen Vorgaben nach Basel II und MaRisk überarbeitet, um bereits heute die Grundlage für die zukünftige Implementierung anspruchsvollerer Verfahren (IRB-Ansatz) zu legen.

Beteiligungsrisiken als besondere Ausprägung des Adressenausfallrisikos werden mit Hilfe eines turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichtswezens gesteuert, das 2006 ebenfalls im Hinblick auf die Anforderungen nach Basel II überarbeitet wurde.

MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen, Aktienkursen und Fremdwährungen.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse wurden vorstandsseitig Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird börsentäglich vom Risikocontrolling überwacht.

Die zukünftigen potenziellen Verluste werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value-at-Risk-Konzept (VaR) gemessen wird. Der VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 250 Tage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Durchschnitt des Jahres 2006 bei 189 Mio. €.

ENTWICKLUNG DES VALUE AT RISK (VaR) SÄMTLICHER MARKTPREISRISIKOPOSITIONEN Konfidenzniveau: 99,9 %, Haltedauer für alle Portfolios: 250 Tage



Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass das verwendete Risikomodell die tatsäch-

liche Wertveränderung abdeckt. Anpassungen waren nicht erforderlich.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Worst-Case-Szenarien extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

Gesondert gesteuert wird das Zinsbuch der Sparkasse Bremen. Die Steuerung und Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt institutionalisiert durch den Gesamtbanksteuerungsausschuss und den Treasury-Ausschuss unter vorbereitender Unterstützung durch das Treasury und das Risikocontrolling. Der Treasury-Ausschuss beschließt unter anderem über die Zinsmeinung der Sparkasse sowie über Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht in dem gewünschten Umfang erfüllt werden können.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl des Grundsatzes II gesteuert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mit behandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt,

innerhalb der Limite. Die eingesetzte Software versetzt uns in die Lage, die barwertigen und GuV-bezogenen Zinsrisiken effizient zu quantifizieren und die Auswirkungen von Maßnahmen zu simulieren.

Bei der Zinsbuchsteuerung verfolgen wir eine semi-aktive Strategie. Sie orientiert sich an einer Benchmark (REX-P, gemäß Empfehlung des DSGV) und lässt innerhalb eines Zielkorridors von 80–120 % des festgelegten Ziel-VaR eine aktive barwertige Zinsbuchsteuerung durch den Treasury-Ausschuss zu.

während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden. Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte simuliert.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Grundsatz II lag im Jahr 2006 im Durchschnitt beim Doppelten der erforderlichen Mindestnorm.

	31.12.2006	31.012.2005	31.12.2004
Liquiditätsgrundsatz (= Grundsatz II)			
Liquiditätskennziffer	2,05	1,96	1,90

OPERATIONELLES RISIKO

Als operationelle Risiken bezeichnen wir die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur und der Risikolandkarte, die alle zwei Jahre durchgeführt wird. Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen sowohl in der Risikoinventur als auch in der Risikolandkarte anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien. Die Risikoinventur für operationelle Risiken gliedert sich in einen qualitativen und einen quantitativen Teil (Verlustpotenzialschätzung).

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen im Jahr 2006, wie schon in den Vorjahren, deutlich unter dem zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit reservierten Betrag.

Zur Ermittlung des operationellen Risikos wurde 2006 im Rahmen der Risikoinventur erstmalig eine Quantifizierung und Schätzung möglicher Verlustpotenziale von Szenarien vorgenommen. Auch die Gesamtsumme dieser Schätzungen liegt deutlich unter dem aufsichtsrechtlich anzusetzenden Betrag.

PROGNOSEBERICHT

Unter den im Folgenden dargestellten Prämissen berichten wir über die voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Bremen mit den wesentlichen Chancen und Risiken. Der Prognosezeitraum umfasst das laufende und das kommende Geschäftsjahr. Die darin enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen und Informationen beruhen auf unseren aktuellen

Bewertung und Steuerung der ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden sie über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Die Sparkasse bedient sich in großem Umfang der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für ihre Geschäftsprozesse sicher zu stellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen, um die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sicher zu stellen und das Ausmaß möglicher Schäden zu begrenzen.

Die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien dokumentieren diesen Anspruch und geben die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer vor.

Erwartungen und heutigen Annahmen. Diese stützen sich im Wesentlichen auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, unsere operative Planung, unsere mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen. Dabei gehen wir grundsätzlich davon aus, dass der Entwicklung 2008 keine gravierend von 2007 abweichenden Ver-

hältnisse zugrunde liegen werden. Jede Prognose ist jedoch naturgemäß mit nicht abwägbaren Ungewissheiten und dem Risiko behaftet, dass die tatsächliche Entwicklung anders verlaufen kann als prognostiziert.

Von der konjunkturellen Erholung werden das Kreditgewerbe und auch die Sparkasse Bremen profitieren. Neben einer weiteren Belebung unseres Geschäftes erwarten wir, dass sich unser Geschäftsvolumen auch künftig ausweiten wird. Die Ausweitung soll ausschließlich vom Kundengeschäft ausgehen. Dabei zielen wir sowohl auf das Firmenkunden- als auch auf das Privatkundengeschäft. Unsere Erwartungshaltung stützt sich dabei konkret auf die Planungen unserer laufenden Projekte »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden«.

Für das Kreditgeschäft rechnen wir – neben positiven Effekten aus diesen Projekten – auch aufgrund der verbesserten konjunkturellen Lage mit einer anziehenden Nachfrage sowohl der Firmen- als auch der Privatkunden. Hierdurch werden die Bestände zunehmen. Allerdings streben wir auch künftig lediglich ein unter Risikogesichtspunkten kontrolliertes moderates Wachstum an.

In der Konsequenz der Erwartung eines durch das Kundengeschäft getragenen Wachstums der Durchschnittsbilanzsumme beinhaltet unsere Planung der Eigenanlagen lediglich die Prolongation auslaufender Positionen unter der Prämisse eines konstanten Zinsniveaus.

Auf der Passivseite erwarten wir eine Belebung unserer Kundeneinlagen. Auch hier werden die Bestände weiter steigen. Dies wird durch die historische Entwicklung untermauert. So konnten wir bei unseren Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und hier bis 2005 insbesondere bei unseren Spareinlagen entgegen einer allgemein rückläufigen Tendenz kontinuierlich Zuwächse verzeichnen.

Im Rahmen unseres Eigengeschäftes planen wir eine Konstanz im Volumen der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Kurzfristige Geldaufnahmen bei Kreditinstituten dienen lediglich dem Spitzenausgleich im Rahmen des Kundengeschäftes.

Die geschilderten Volumensplanungen haben Auswirkungen auf unsere zukünftige Erfolgsentwicklung. Das ge-

stiegene Marktzinsniveau, insbesondere am kurzen Ende, wirkt sich vorwiegend auf der Passivseite aus und führt damit zu einer Belastung des Zinsüberschusses. Dieser Effekt wird allerdings durch das ausgeweitete Kundengeschäft mehr als kompensiert. Per Saldo wird der Zinsüberschuss unter Berücksichtigung des Erfolgsbeitrages aus dem Eigengeschäft das Niveau des Vorjahres übertreffen.

Diese Aussage gilt ebenfalls für den Provisionsüberschuss. Denn aufgrund unserer laufenden Projekte »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden« erwarten wir auch eine Belebung für unser Dienstleistungsgeschäft. Hinzu kommt, dass das Vertrauen der Anleger durch die allgemeine wirtschaftliche Lage sowie die positive Börsenentwicklung der jüngeren Vergangenheit zumindest teilweise zurückgewonnen werden konnte. Das Vertrauen wird infolge der zumindest zunächst erwarteten Aktienkursentwicklung grundsätzlich weiter zunehmen. Die daraus resultierenden Umsätze werden sich positiv auf unser Dienstleistungsgeschäft und damit auf unser Provisionsergebnis auswirken.

Outsourcing führt in der Regel zu Kostenreduzierungen, mitunter aber auch zu höheren Erträgen. Im sonstigen ordentlichen Ertrag werden neben Erstattungen aus der konzerninternen Leistungsverrechnung auch die Erstattungen von Personal- und Sachaufwendungen von Dritten ausgewiesen. Unsere hohe Outsourcingquote wird die künftige Entwicklung dieser Position daher positiv beeinflussen. Die Unternehmen, auf die wir Leistungen ausgegliedert haben, werden weiterhin Leistungen von uns in Anspruch nehmen, so dass wir im Mindestansatz von einer Konstanz auf dem gegenwärtigen hohen Niveau ausgehen.

Im Verwaltungsaufwand sind deutliche Verschiebungen zwischen dem Personal- und Sachaufwand erkennbar. Entlastungen im Personalaufwand stehen Belastungen im Sachaufwand gegenüber. Die Verschiebungen resultieren aus den weiteren Schritten zur konsequenten Ausrichtung der Sparkasse Bremen zur Vertriebsparkasse. Aufgrund der bereits 2006 erfolgten überproportional hohen Zuführungen zu den Rückstellungen für die Alterssicherung – die Folge eines versicherungsmathematischen Gutachtens auf Basis des mit

25-monatiger Laufzeit abgeschlossenen Tarifvertrages für das private Bankgewerbe – werden 2007 im Personalaufwand entsprechend geringere Zuführungen anfallen. Der Sachaufwand dürfte sich aufgrund der Aufwendungen im Zusammenhang mit der anstehenden IT-Migration sowie der Mitte 2006 auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG ausgelagerten Stabs- und Serviceaufgaben erhöhen.

Die Cost-Income-Ratio wird sich auf unverändertem Niveau bei rund 78 % bewegen. Für die Zukunft erwarten wir tendenziell eine Verbesserung, nicht zuletzt aufgrund der bereits erfolgten Outsourcingmaßnahmen.

Für das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erwarten wir keine nennenswerten Belastungen. Trotz der verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einer erwartungsgemäß positiven Börsenentwicklung planen wir aufgrund vorsichtiger Einschätzung weder positive Bewertungen noch etwaige Kursgewinne ein.

Im Hinblick auf das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft gehen wir – trotz moderater Ausweitung der Kreditbestände – von keinen zunehmenden Ausfallrisiken aus. Vielmehr erwarten wir, dass sich das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft weiter verbessern wird. Bereits im

Vorjahr hatten wir eine erhebliche Risikovorsorge für bestehende Sanierungs- und Abwicklungsengagements getroffen und weisen auch 2006 eine zwar deutlich reduzierte, aber immer noch hohe Risikovorsorge aus. Diese sehen wir in der Zukunft grundsätzlich weiter rückläufig.

Im schwierig planbaren neutralen Ergebnis haben wir bisher nur Positionen prognostiziert, die trotz ihres unregelmäßigen Charakters permanent auftreten. So beinhaltet der neutrale Ertrag Vorfälligkeitsentschädigungen in vorsichtig geschätzter Höhe und bereits aufgrund eines versicherungsmathematischen Zwischengutachtens vorzunehmende Auflösungen von Altersteilzeitrückstellungen. Im neutralen Aufwand werden aperiodischen Aufwendungen und geleistete Spenden ausgewiesen.

Im Gesamtergebnis sehen wir unter den im Einzelnen getroffenen vorsichtigen Annahmen ein ausgewiesenes Jahresergebnis zunächst unter dem Niveau der Vorjahre, aber mit einer anschließend wiederum durchaus positiven Tendenz.

In den wichtigen Kennzahlen streben wir überwiegend vergleichbare Ergebnisse an wie 2006. Wir sind weiterhin bestrebt, die Eigenkapitalrentabilität in den Folgejahren zu verbessern.

SCHLUSSERLÄRUNG

Gemäß § 312 AktG haben wir über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: »Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2006 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen oder bei jedem Rechtsgeschäft

auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.

Bremen, im März 2007

Der Vorstand

**DIE SPARKASSE
BREMEN AG
JAHRESABSCHLUSS**

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2006

AKTIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			76.345.160,40		72.918
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			<u>203.355.301,47</u>		80.848
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank</i>	203.355.301,47				80.848
				279.700.461,87	153.766
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			--		-
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar</i>	--				-
b) Wechsel			--		20.707
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar</i>	--				20.707
				--	20.707
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			269.262.542,67		326.215
b) andere Forderungen			<u>857.934.445,42</u>		672.331
				1.127.196.988,09	998.546
4. Forderungen an Kunden					
<i>darunter:</i>					
<i>durch Grundpfandrechte gesichert</i>	2.489.007.907,98				2.525.656
<i>Kommunalkredite</i>	280.510.976,56				287.129
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		--			-
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				-
ab) von anderen Emittenten		<u>45.458.711,19</u>	45.458.711,19		-
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	--				-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		196.450.096,95			50.184
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	196.450.096,95				50.184
bb) von anderen Emittenten		<u>359.736.200,30</u>	556.186.297,25		339.354
<i>darunter:</i>					
<i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>	336.669.160,30				275.024
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>18.405.384,63</u>		24.960
<i>Nennbetrag</i>	18.221.587,28				24.118
				620.050.393,07	414.498
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
				1.242.584.888,39	1.456.789
7. Beteiligungen					
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	11.943.964,79				11.944
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	--				-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	13.220.932,18				13.163
<i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i>	--				-
				107.806.449,76	109.249
9. Treuhandvermögen					
<i>darunter:</i>					
<i>Treuhandkredite</i>	18.605.918,07				19.188
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
				--	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
				8.070.627,40	4.502
12. Sachanlagen					
				117.988.695,26	124.006
13. Sonstige Vermögensgegenstände					
				33.791.878,20	34.470
14. Rechnungsabgrenzungsposten					
				3.026.513,26	3.090
Summe der Aktiva				10.970.043.551,55	10.834.102

PASSIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			76.772.308,47		47.847
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>2.928.166.028,46</u>		3.112.232
				3.004.938.336,93	3.160.079
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.384.089.338,88			3.578.160
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>414.306.693,54</u>	3.798.396.032,42		246.630
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1.844.569.805,95			1.645.841
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>885.460.489,79</u>	<u>2.730.030.295,74</u>		755.661
				6.528.426.328,16	6.226.292
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			267.178.927,42		300.448
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			--		-
darunter:					
Geldmarktpapiere	--				-
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	--				-
				267.178.927,42	300.448
4. Treuhandverbindlichkeiten				19.512.949,87	20.198
darunter:					
Treuhandkredite	18.605.918,07				19.188
5. Sonstige Verbindlichkeiten				33.807.690,49	29.964
6. Rechnungsabgrenzungsposten				10.891.204,24	13.679
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			240.742.528,00		237.781
b) Steuerrückstellungen			3.323.869,11		3.798
c) andere Rückstellungen			<u>29.297.652,35</u>		24.397
				273.364.049,46	265.976
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				--	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				169.707.574,65	209.254
10. Genusssrechtskapital				147.225.837,62	147.226
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	--				
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital		370.000.000,00			370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter		<u>53.000.000,00</u>	423.000.000,00		13.000
b) Kapitalrücklage			47.041.959,68		47.042
c) Gewinnrücklage					
ca) gesetzliche Rücklage		--			-
cb) Rücklage für eigene Anteile		--			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		--			-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>29.834.411,03</u>	29.834.411,03		17.269
d) Bilanzgewinn			<u>15.114.282,00</u>		13.675
				514.990.652,71	460.986
Summe der Passiva				10.970.043.551,55	10.834.102
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			--		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			373.336.315,58		370.369
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			--		-
				373.336.315,58	370.369
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			--		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			--		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>218.801.817,59</u>		213.406
				218.801.817,59	213.406

GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2006

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		428.711.946,61			435.541
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>15.914.219,28</u>	444.626.165,89		13.320
2. Zinsaufwendungen			<u>295.517.215,65</u>		281.702
				+149.108.950,24	+167.159
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			59.572.015,11		57.670
b) Beteiligungen			4.126.066,49		1.133
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>2.424.652,31</u>		1.115
				66.122.733,91	59.918
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				5.757.491,01	12.115
5. Provisionserträge			61.609.409,75		61.941
6. Provisionsaufwendungen			<u>5.846.516,08</u>		6.185
				+55.762.893,67	+55.756
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				+1.333.727,57	+2.211
8. Sonstige betriebliche Erträge				25.743.180,81	19.220
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				--	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		76.841.506,01			80.024
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	29.332.178,36	<u>42.451.324,31</u>	119.292.830,32		33.745 19.953
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>83.969.658,67</u>		66.590
				203.262.488,99	180.359
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				11.115.528,50	12.423
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				8.452.355,23	9.649
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			68.215.235,84		103.833
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			--	-68.215.235,84	-103.833
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteili- gungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			--		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>2.114.634,75</u>	+2.114.634,75	11.833 +11.833
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				401.951,61	955
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				--	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+14.496.051,79	+20.993
20. Außerordentliche Erträge			--		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			--		-
22. Außerordentliches Ergebnis				--	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-1.175.829,91		6.828
24. Sonstige Steuern			<u>557.599,70</u>		490
				-618.230,21	7.318
25. Jahresüberschuss				15.114.282,00	13.675
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				--	-
27. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				--	-
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			--		-
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			--		-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			--		-
d) aus anderen Gewinnrücklagen			--	--	-
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			--		-
b) in die Rücklage für eigene Aktien			--		-
c) in satzungsmäßige Rücklagen			--		-
d) in andere Gewinnrücklagen			--	--	-
30. Bilanzgewinn				15.114.282,00	13.675

ANHANG

I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgt nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

— FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet. Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

— WERTPAPIERE

Sämtliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebotes bewertet.

— ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

— SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Vermögensgegenstände wurden aus Vereinfachungsgründen im Jahre des Zugangs vollständig abgeschrieben.

— SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

— VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend der Laufzeiten abgegrenzt.

— RÜCKSTELLUNGEN

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen.

Die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) und versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem steuerrechtlich zulässigen Zinssatz ermittelt.

Der aus dem Übergang auf die neuen Richttafeln resultierende Auflösungsbetrag wird sowohl handels- als auch steuerrechtlich gleichmäßig auf drei Jahre verteilt, beginnend mit dem Jahr 2005. Insgesamt ergibt sich in diesem Jahr ein Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen.

— WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Umrechnung der auf Fremdwährung lautenden Aktiv- und Passivposten sowie der schwebenden Geschäfte erfolgte mit den Referenzkursen der EZB bzw. Terminkursen zum Jahresende.

Die bei Umrechnung von einfach gedeckten Geschäften ermittelten positiven Umrechnungsdifferenzen wurden als Erträge in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt, soweit sie einen nur vorübergehend wirksamen Aufwand aus den zur Deckung dienenden Geschäften ausgleichen. Verbleibende Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Eine Bewertung nach der »besonderen Deckung« wurde nicht in Anspruch genommen.

Fremdwährungsoptionen, die dieselbe Währung betreffen, wurden im Rahmen von Handelsaktivitäten und der Risikosteuerung zusammengefasst. Bewertungsgewinne wurden bis zur Höhe der ihnen gegenüberstehenden Bewertungsverluste erfolgswirksam verrechnet. Dabei wurde der beizulegende Wert anhand eines Optionspreismodells berechnet. Verbleibende Gewinne wurden nicht vereinnahmt. Die Bewertung erfolgt nach den Vorschriften des § 340 h HGB und in Übereinstimmung mit dem Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

— DERIVATE

Derivative Finanzinstrumente (Optionen und Termingeschäfte) wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Schwebende Devisentermingeschäfte, schwebende Devisenoptionsgeschäfte und Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurden nach der Stellungnahme BFA 2/1995 bilanziert. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RH BFA 1.003 behandelt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

—AKTIVSEITE

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	238.043
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	242.855
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	340.062
– mehr als fünf Jahre	725

Im Posten 3 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 2.100)	1.986
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 61.747)	44.156
– Forderungen an die eigene Girozentrale	20.396
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

– mit unbestimmter Laufzeit	299.529
-----------------------------	---------

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	922.232
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	467.645
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.943.758
– mehr als fünf Jahre	3.695.820

Im Posten 4 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 17.999)	35.123
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 383.761)	393.797
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 1.034)	32.561
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: –)	1.526
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 1.034)	1.034

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

165.242

Im Posten 5 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	581.708
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	38.343
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 290.065)	413.828
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– eigene Schuldverschreibungen (5 c) mit Nachrangabrede (Vorjahr: 888)	737

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	67.651
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	4.408
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 1.445.193)	1.236.884
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	1.101.559

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften überwiegend thesauriert. Die positiven Ergebnisse aus Finanzterminkontrakten am Fondsgeschäftsjahresende wurden vollständig ausgeschüttet.

zu 7. Beteiligungen		
– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere		23
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere		–
zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen		
Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.		
zu 9. Treuhandvermögen		
Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:		
– Forderungen an Kunden		18.606
– Sonstige Vermögensgegenstände		907
zu 11. und 12. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		
Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:		
	immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Anschaffungskosten am Jahresanfang	28.737	275.666
Zugänge	6.233	3.367
Abgänge	4.200	15.873
<u>kumulierte Abschreibungen</u>	<u>22.699</u>	<u>145.171</u>
Bilanzwerte am Jahresende	8.071	117.989
Abschreibungen im Geschäftsjahr	2.157	8.958
Im Posten 12 Sachanlagen sind enthalten:		
– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude		70.585
– Betriebs- und Geschäftsausstattung		17.355
zu 13. Sonstige Vermögensgegenstände		
Im Posten 13 sind enthalten:		
– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 77)		77
Bemerkenswerte Einzelposten:		
– Steuererstattungsansprüche		8.648
– Forderungen an verbundene Unternehmen aus Ergebnisabführung		5.757
– nachrangige Vermögensgegenstände (Stille Beteiligungen)		10.000
zu 14. Rechnungsabgrenzungsposten		
Im Posten 14 sind enthalten:		
– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 1.108)		1.229
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: 7)		4

–PASSIVSEITE

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	190.014
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	252.784
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.777.185
– mehr als fünf Jahre	648.506

Im Posten 1 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 2.669)	307
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 31.161)	37.487
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	43.360

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 660,9 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	68.261
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	202.196
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	137.178
– mehr als fünf Jahre	6.672

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	331.910
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	43.684
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	193.235
– mehr als fünf Jahre	296.082

Im Posten 2 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 46.166)	40.429
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 38.994)	40.021

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig 52.027

Im Posten 3 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 8.634)	1.010
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 15.815)	15.815

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.408
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.105

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

– von unseren Kunden einbehaltene Zinsabschlagsteuer	14.066
– Rückzahlungsverpflichtungen aus geschlossenen Immobilienfonds	3.691
– Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.794

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 5,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten	
Im Posten 6 sind Agien und Disagien aus Forderungen enthalten (Vorjahr: 13.052).	10.546
zu 9. Nachrangige Verbindlichkeiten	
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 123)	254
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 668)	668
Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind in 2006 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen.	8.993
Der Bestand betrifft auf Deutsche Mark und Euro lautende Inhaber- und Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von 2007 bis 2019. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vorgesehen.	
zu 10. Genusssrechtskapital	
Der Bestand betrifft 15 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2006 wurden keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.	
zu 11. Eigenkapital	
Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehört eine Stille Einlage in Höhe von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren und eine Stille Einlage in Höhe von 40,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren.	
Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 28.07.2006 wurden 12,6 Mio. € aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2005 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.	
Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2006 von insgesamt 15,1 Mio. € 14,6 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen und 0,5 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen auszuschütten.	
zu Eventualverbindlichkeiten (Nr. 1 unter dem Strich)	
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind enthalten:	
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: –)	42
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 3.776)	3.166

III. SONSTIGE ANGABEN ZUR BILANZ

— FREMDWÄHRUNGSAKTIVA UND -PASSIVA

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 173,6 Mio. € respektive 188,0 Mio. €.

— ECHTE PENSIONS GESCHÄFTE

Zum Abschlussstichtag waren keine Vermögensgegenstände in Pension gegeben.

— SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 8,8 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 14,3 Mio. €.

Aus der aufgrund nicht mehr mehrheitlichen Beteiligung am Bankhaus Carl F. Plump & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen, am 06.04.2000 widerrufenen Erklärung gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Köln, ist die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, verpflichtet, diesen von Verlusten aus bis dahin angelegten Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 2 des Statuts des Einlagensicherungsfonds freizustellen.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse freizustellen.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung von Tätigkeiten hat sich die Sparkasse für einen befristeten Zeitraum verpflichtet, einigen Tochtergesellschaften zu ermöglichen, etwaige Ausgleichszahlungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen, wie sie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen wären. Dieses gilt so lange, wie die Sparkasse Mehrheitsgesellschafterin der jeweiligen Tochtergesellschaft ist.

Mit der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, haftet die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, gesamtschuldnerisch für die Grunderwerbsteuer im Zusammenhang mit der Übertragung der Grundstücke und Gebäude bei der Auslagerung des Bankbetriebes auf die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen.

— ANHANGANGABEN GEMÄSS

§ 160 ABS. 1 NR. 8 AKTG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt: »Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.«

— TERMINGESCHÄFTE

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

Restlaufzeit	bis 1 Jahr Mio. €	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. €	über 5 Jahre Mio. €	Gesamt Mio. €	Zeitwerte Mio. €	Buchwerte Mio. €	Bilanz- posten
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	435,2	1.588,1	770,0	2.793,3	-2,5	0,0	A13 / P5
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	814,7	28,3	–	843,0	1,0	0,9 / 1,0	A13 / P5
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Geschäfte mit sonstigen Risiken							
OTC-Produkte	–	–	–	–	–	–	–
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt				3.636,3			

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der cash-flows der beiden Swapseiten. Die cash-flows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Bilanzstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Bilanzstichtag).

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Caps

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinsten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 10,5 Mio. € Verwaltungskostenerstattungen durch Tochterunternehmen, 2,9 Mio. € ordentliche Grundstücks- und Gebäudeerträge und 2,2 Mio. € andere Gebühren aus dem Darlehensgeschäft enthalten.

V. SONSTIGE ANGABEN

ANTEILSBESITZ			
Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist.	Anteil am Kapital Ende 2006 in %	Eigenkapital 2005 in T€	Ergebnis 2005 in T€³
Name und Sitz der Gesellschaft			
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	71.500 ²	0 ¹
BREBAU GmbH, Bremen	30,0	55.514	3.306
Bankhaus Carl F. Plump & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,0	12.782	0
nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	10.363 ²	-18 ²
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	7.000 ²	0 ¹
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	4.910	310
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 ²	0 ¹
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	385 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹
nws nordwest-service & catering Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	25 ²	0 ¹
Anmerkungen:			
¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge			
² Eigenkapital und Ergebnis 2006			
³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung			
Beteiligungen der Sparkasse Bremen AG an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten.			
	Anteil am Kapital in %		
Name und Sitz der Gesellschaft			
Bankhaus Carl F. Plump & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,0		
BREBAU GmbH, Bremen	30,0		
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0		
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	11,1		
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	11,0		
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	6,1		
Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird.			
Honorar des gesetzlichen Abschlussprüfers			
Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 0,9 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,1 Mio. € für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen enthalten.			

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder,
Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler,
stv. Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Alexander Künzel (ab 28.07.2006)

Otto Lamotte

Heiko Oerter

Hans-Joachim Schur

Volker Stange

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG

Geschäftsführender Gesellschafter der Birkigt International
Consulting & Media GmbH

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der
Clostermann & Jasper Partnerschaft

Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum
Bilanzstichtag mit 1,5 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2006 für
Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates
0,2 Mio. € vergütet.

VORSTAND

Jürgen Oltmann
Dr. rer. nat. Tim Nesemann
Klaus Schöniger
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 1,5 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 2,1 Mio. € vergütet, davon 1,4 Mio. € fixe Bezüge und 0,7 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 0,9 Mio. € gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsrückstellungen von 10,0 Mio. €.

MANDATE

— JÜRGEN OLTMANN

BREBAU GmbH
BREMER LAGERHAUS GESELLSCHAFT
-Aktiengesellschaft von 1877-
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche
Factoring GmbH & Co.
Freie Internationale Sparkasse S.A.
neue leben Holding AG
neue leben Pensionskasse AG
neue leben Pensionsverwaltung AG
NRS Norddeutsche Retail-Service AG

AR, stv. Vorsitzender

AR

AR

VR, Vorsitzender

AR

AR

AR

AR, stv. Vorsitzender

–DR. TIM NESEMANN

Bürgschaftsbank Bremen GmbH
GEWOBA Aktiengesellschaft
Wohnen und Bauen

VR, stv. Vorsitzender

AR (ab 16.06.2006)

–KLAUS SCHÖNIGER

Freie Internationale Sparkasse S.A.
LBS Landesbausparkasse Bremen AG
Öffentliche Versicherung Bremen
S Broker AG & Co. KG

VR

AR, stv. Vorsitzender

AR, stv. Mitglied (ab 01.02.2006)

AR (ab 01.06.2006)

–DR. HEIKO STAROBOM

LBS Landesbausparkasse Bremen AG
nordwest-leasing GmbH
Öffentliche Versicherung Bremen

AR

AR

AR

–RALF PASLACK

ErSol Solar Energy AG

AR

**MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte 1.079 ¹

Teilzeit- und Ultimokräfte 469 ¹

1.548

Auszubildende 70

Insgesamt **1.618**

¹ davon gewerbliche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

– Vollzeitkräfte 8

– Teilzeit- und Ultimokräfte 82

Bremen, 05. März 2007

Die Sparkasse Bremen AG

Der Vorstand

Oltmann

Dr. Nesemann

Schöniger

Dr. Staroßom

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach §317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der

Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 16. April 2007

**Prüfungsstelle des
HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Bolte
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, den Vorstand zu beraten und seine Geschäftsführung zu überwachen, wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und Geschäftspolitik sowie über die Geschäftsentwicklung und Lage der Die Sparkasse Bremen AG unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich daher von der stets ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt. Er traf die ihm obliegenden Entscheidungen in turnusmäßigen Sitzungen oder im schriftlichen Verfahren. Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes fanden regelmäßig Besprechungen statt, in denen der Vorsitzende des Aufsichtsrates über die aktuelle Entwicklung des operativen Geschäftes informiert wurde und strategische Überlegungen diskutiert wurden.

Der Aufsichtsrat trat 2006 zu fünf Sitzungen zusammen. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat dauerhaft einen Präsidialausschuss und einen Kreditausschuss eingerichtet. Er hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse von deren Ausschussvorsitzenden berichten lassen.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtsjahr dreimal. Er behandelte in seiner turnusmäßigen Bilanzsitzung zur Vorbereitung der Sitzung des Aufsichtsrates insbesondere den Prüfungsbericht und Jahresabschluss 2005, den Corporate Governance Bericht 2005 einschließlich Entsprechenserklärung nach § 161 AktG sowie den Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2006 und überzeugte sich anhand der Unabhängigkeitserklärung des Abschluss-

prüfers davon, dass seinerseits keine Interessenkonflikte bestehen. In zwei weiteren Sitzungen behandelte er neben aktuellen Fragen zu grundlegenden geschäftspolitischen Themen insbesondere Angelegenheiten des Vorstandes und der Gremien.

Der Kreditausschuss trat 2006 zu fünf Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fasste er im Bedarfsfall Beschlüsse im fernmündlichen und/oder schriftlichen Verfahren. Neben den ihm zur Genehmigung vorgetragenen Kreditentscheidungen nahm er die Kreditrisikostategie der Sparkasse Bremen und die regelmäßigen Kreditrisikoberichte zur Kenntnis.

Die Vorschriften des Corporate Governance Kodex wurden beachtet, soweit nicht Vorstand und Aufsichtsrat im Einzelnen Abweichungen beschlossen und in der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offen gelegt haben. Das modular aufgebaute Berichtswesen des Vorstandes an den Aufsichtsrat wurde im Berichtsjahr durch die Aufnahme von zwei neuen Modulen weiter verbessert. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat am 22. November 2006 eingehend mit den aus der Neufassung des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 12. Juni 2006 resultierenden Änderungen.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer. Seit dem 28. Juli 2006 gehören dem Aufsichtsrat als von der Aktionärin, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, entsandte

Mitglieder die Herren Gerhard Harder, Vorsitzender, und Holger U. Birkigt sowie aufgrund Neu- bzw. Wiederwahl durch die Hauptversammlung die Herren Joachim M. Clostermann, Alexander Künzel, Otto Lamotte und Klaus Ziegler, stellvertretender Vorsitzender, an. Darüber hinaus wurden auf Antrag des Vorstandes der Die Sparkasse Bremen AG und aufgrund Beschlusses des Amtsgerichts Bremen vom 9. August 2006 die Herren Hans-Joachim Schur, Heiko Oerter und Volker Stange gemäß § 104 Abs. (2) AktG zu Mitgliedern des Aufsichtsrates bestellt, und zwar längstens bis zur Beendigung der Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat.

Nach über 47-jähriger erfolgreicher beruflicher Tätigkeit, davon seit 1996 im Vorstand der Sparkasse Bremen, wurde Herr Hermann Tepe am 31. Januar 2006 in den Ruhestand verabschiedet. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Tepe für sein großes Engagement und die stets konstruktive, angenehme und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die von der Hauptversammlung am 28. Juli 2006 zum Abschlussprüfer gewählte Prüfungsstelle des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hamburg, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Bericht des Abschlussprüfers wurde dem zuständigen Präsidialausschuss zur Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung ausgehändigt, in der der Jahresabschluss behandelt wird. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Präsidialausschusses am 16. April 2007 und des Aufsichtsrates am 17. April 2007 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis seiner Prüfung entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 in seiner Sitzung am 17. April 2007

gebilligt und damit festgestellt. Ferner stimmte er dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns zu.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2006 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den dazu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft.

Der Bericht des Abschlussprüfers enthält hierzu folgenden Bestätigungsvermerk:

»Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, nicht unangemessen hoch war.«

Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen gegen die Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tatkräftigen Einsatz im Jahr 2006. Sein Dank gilt den Kundinnen und Kunden der Sparkasse für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bremen, 17. April 2007

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des Aufsichtsrates



Die Sparkasse Bremen AG

Am Brill 1-3 | 28195 Bremen

Postfach 107880 | 28078 Bremen

Telefon (0421) 179 0

www.sparkasse-bremen.de | mail@sparkasse-bremen.de

